

# Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preussischen Monarchie 1 Thlr. 1½ Sgr.

Expedition: Krautmarkt No. 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 73. Mittwoch, den 27. März 1850.

Da mit dem 1. April 1850 ein neues Abonnement auf unsere Zeitung beginnt, so werden die geehrten Leser derselben ersucht, ihren Pränumerationschein bald gefälligst in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, erneuern zu wollen. Der Pränumerationspreis für die Zeitung incl. Provinzial-Anzeiger beträgt pro Quartal 25 Sgr., für auswärtige Abonnenten 1 Thlr. 1½ Sgr.

Wer auf den Provinzial-Anzeiger besonders zu abonniren wünscht, zahlt monatlich in unserer Expedition 1½ Sgr., frei ins Haus geliefert 2½ Sgr.

Insertionen im Provinzial-Anzeiger: 6 Pf. die Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet. Die Redaktion.

## Deutschland.

### Rundschau.

Stettin. Der politische Horizont ist mit dunklen Wetterwolken bedeckt, nirgends gewährt er eine Aussicht in eine heitere hoffnungreiche Ferne; es ist die Zeit des Zuwartens der Völker auf den Ausbruch irgend einer Feindseligkeit, den niemand herbeiführen, fast jeder herbeiwünschen möchte, um aus der kritischen Lage heraus zu kommen. Es ist eine Zeit, wie sie das Jahr 1806 oder 1830 zum Vorläufer hatte; möchten die trüben Erwartungen, die von verschiedenen Seiten gehegt werden, nicht in Erfüllung gehen. Aber geschehen wird, geschehen muß etwas, um aus dieser Gewitterschwüle herauszukommen.

Von welchem Lande gilt jetzt das eben Bemerkte mehr als von Deutschland? Drei formlose, chaotisch neben einander gewürfelte Unionskörper ringen, indem sie einander die Gestalt, das Dasein erschweren, in krampfhaften Geburtswehen nach dem Leben; einer möchte den andern ersticken, vernichten, ja lieber selbst zu Grunde gehen, als den andern emporkommen zu lassen. Ein Drei-Königsbund vertritt dem andern den Weg, Desterreich steht auf der Lauer, Hannover baut wie die Schnecke ihr Haus zu und kümmert sich um die ganze Welt, in specie ganz Deutschland nicht; indeß das Ausland bald besorgt, bald spöttisch, bald neidisch, bald triumphirend dem Handel deutscher Unionsversuche zusieht, bereit, bei jeder Gelegenheit, so viel als möglich daran verderben zu helfen oder nach Umständen Gewinn daraus zu ziehen. So rund der württembergische König auch dem Erfurter Reichstage einen Erfolg abspricht und sogar die Stimme des Volkes sich dagegen erklären wissen will, so hat nach allen Anzeichen doch die preussische Unionsidee noch die meiste Kraft und das fruchtbarste Leben in sich und verpricht mehr Gedeihen als der bairische Vier-Königsbund, die hannoversche Isolation und die österreichische Nationalitätsverschmelzung. Um jetzt in der Welt eine gute und gerechte Sache durchzuführen, muß man nur den ersten, entschiedenen Willen haben. Preußen hat diesen, eine nicht unbeträchtliche Zahl der mit ihm Verbündeten theilt denselben mit ihm; die deutsche Volkstimme ist im Allgemeinen nicht dagegen, sondern dafür; und je unpraktischer sich bald ein bloß auf Protektion und Negation gründender Contre-Königsbund zeigen wird, desto mehr werden die von dem württembergischen Thronredner abgesprochenen Volkssympathieen sich dem Erfurter Reichstage zuwenden. Wer irgend eine deutsche Einheit ernstlich sucht, wird es sich sagen, immer lauter und bestimmter: Entweder in Erfurt kommt sie zu Stande oder für die nächsten Jahrzehende noch nicht. Preußen führt eine ernstere Sprache, es wird seine Bundesgenossen mit einem festeren Bande umgeben, die nicht wieder loslassen, die sich mit ihm verbunden haben; es sieht, die Zeit des Redens ist vorüber, auch die Zeit der Lammesgebuld und der Langmuth; es erwidert den Hohn, der auf dasselbe von einem Throne geschleudert ward, mit gänzlichem Abbruch aller Verbindungen; es ruft in aller Stille seinen Gesandten aus Hannover zurück, um vorläufig hierdurch seine Stimmung anzudeuten. Es bleibt dabei nicht stehen. Es wird den Spruch des Bundeschiedsgerichts abwarten über den willkürlichen Rücktritt Hannovers und Sachsens von dem Bündnisse vom 26. Mai. Der Ausfall dieses Erurdes kann nicht zweifelhaft sein. Jene beiden Staaten werden alsdann eine Aufforderung erhalten, den übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Werden sie sich weigern? Und wenn sie es thun, was dann? — Die Geschichte wird dann weiter sprechen, mit Vermuthungen ist doch nichts gethan. Die Rücksicht auf das Verhältniß jener beiden Staaten zu dem Vertrage vom 26. Mai hat die Gothaer Partei, welche dem Anscheine nach (Simson ist im Volkshaufe zum Präsidenten gewählt) die meisten Stimmen in Erfurt zählt, auch bestimmt, den Entwurf der Reichsverfassung im Ganzen anzunehmen, da man meint, nur so Hannover und Sachsen beim Worte fassen zu können. Auch ist die Ansicht ziemlich allgemein, daß der Reichstag bald beendigt sein und die Verfassung einer späteren Revision werde vorbehalten werden. Dies ist

allerdings für Deutschland nicht viel, aber es ist etwas, es ist dabei doch der matte Schimmer einer engeren Einigung vorhanden.

Preußen, im Innern einigermaßen fertig und abgeschlossen, wirft sich mit ganzer Kraft auf das große Einigungswerk. Es ist etwas Großes, was unsere Regierung unternimmt; aber noch nie seit der Zeit des großen Kurfürsten hat Preußen etwas Großes erstrebt, was es nicht errungen hätte; wir sind der guten Zuversicht, daß es in Erfurt zu Stande bringen werde, was in Frankfurt mißlang. Zu gleicher Zeit ist es bemüht, die Rechte Schleswigs zu wahren, und ohne einen neuen Krieg mit Dänemark zu entzünden, die eigene Ehre zu behaupten, indem es entweder einen vollständigen Frieden oder vorläufig einen befriedigenderen Waffenstillstand erzielt. So im Innern geordnet, nach außen stark, gegen Alle gerecht, aber ebenso gerüstet, fürchtet es weder Rußland, noch Desterreich, noch den Reflex-Spiegel des Drei-Königsbundes. Es wird im Stande sein, sich selbst und seine Freunde zu schützen und seine Feinde zu bedienen.

Hannover ist das einzige kleinere Königreich, das, aber auch nur im Frieden, in sich geordneter erscheint und seine einsame Bahn eine Zeit lang verfolgen kann. Aber wie trostlos und verworren steht es in den meisten andern deutschen Staaten an! Wie sucht sich die fürstliche Macht an eine größere anzulehnen! Wie zeigen die Schwächen der Obrigkeit, die Gewissenlosigkeit der Schwurgerichte, der Mangel an Disziplin im Heere, das eiferfüchtige Wettstreiten der Stände untereinander, die zerrütteten Finanzen auf die Unerlässlichkeit einer baldigen Erlösung hin und fordern Habsburg oder Hohenzollern dringend auf, die Rolle des Helfers in der Noth zu übernehmen. Baden und Sachsen sahen die Nothwendigkeit ein und bekannten dieselbe, fühlten sich durch preussische Zucht gehoben; es ist aber nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß in gleicher Hülfe von Preußen für den übrigen Theil Deutschlands nur Rettung zu hoffen ist. Preußen darf aber nicht ungebeten kommen, sonst erlebt es nochmals, ungedankt gehen zu müssen. Nur gescholten, darf es kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Stettin. Das Difeblatt (Nr. 72) stellt Preußen die angeblich nur mögliche schlimmste Alternative, in seinem Bestreben, den Unionsstaat zu halten, sowohl im Erfurter Reichstage, als im Anschluß an den Baierschen Bund seine Bedeutung als Großmacht (Großmacht sagen die Süddeutschen) aufzugeben. Patriotisch ist diese Aeußerung eines in Preußen vegetirenden Blattes nicht; sie ist nur von einer prophetischen Furcht eingegeben, deren Schreckgespenst Gottlob nicht verwirklicht werden wird. Nur dadurch, sagt das Blatt, daß in Preußen, einem Staate von 5000 QM. und 16 Millionen Einwohnern, das ganze Volk jeden Augenblick bereit war, sich mit vollster Begeisterung vor jegliche Bresche zu stellen, konnte es sich als Großmacht behaupten. „Wo ist jetzt diese Begeisterung? — Sie wird schwerlich je zu wecken sein.“ So die Frage, so die Antwort. Weiß denn das Blatt nicht aus jüngster Erfahrung aus den Schlachten in Schleswig gegen die Dänen, aus den Kämpfen gegen die Barrikadenmänner in Berlin, gegen die Freischärler in Baden, gegen die Gefangenengenossen des Blattes in Dresden, in Frankfurt, daß Preußen noch einer Begeisterung fähig ist? Hat es den 9ten November, den 5ten Dezember u. s. w. vergessen, wo das Geschrei der Demagogen das preussische Volk nicht abhielt, der Regierung zu nothwendig gewordenen Maßregeln seine begeistertste Zustimmung zu geben? Da das genannte Blatt nur Augen und Ohren hat für seine Parteiwerke, so weiß es allerdings nichts von Begeisterung des preussischen Volkes. Es hat nur das Volk seines Begriffes im Auge, das ist das Häuflein der edlen und nicht edlen Demagogen; daß Manche von diesen geringer Begeisterung fähig sind, haben uns Herwegh, Struve, Blind, Rösler und Consorten satfam gelehrt. „Eine 30jährige Regierung des Stillstandes — um nicht zu sagen: des Rückschritts (wie gültig!) hat die Preußen gewöhnt, auf Deutschland zu blicken, da die preussische Regierung allen Aufschwung danielerhält. Die angebahnte Union werde nur den Zerfetzungsprozeß des Preussenthums be-

schleunigen, ohne daß wir von der Regierung erwarten dürfen, sie werde ein energisches Deutschthum aufkommen lassen wollen. Ein Staat, ohne entschiedene, ohne gehobene und erhebende Nationalität trägt nicht den Beruf, nicht die Möglichkeit einer Großmacht in sich. Die Union wird demnach weder die politische Ehre, noch die Stellung Preußens als Großmacht retten. Der politische Selbstmord, geweiht von dem Meinungsgegnossen des Blattes in Württemberg, wird eintreten. Was kann Preußen gegen Oesterreich mit 14,000 □ M. und 42 Millionen Einwohnern? So das Blatt. Thatsachen widerlegen hier hinlänglich, es bedarf keines Wortes weiter. Aber gestehen muß man, eifriger könnte keine bezahlte Feder für großdeutsche Zwecke frizeln, als es die Dfsezeitung thut. „Wer war Schuld?“ fragt dieselbe. Die Gegner werden antworten: die Demokratie. Mit nichten, theure Prophetin. Die Ursachen liegen nicht allein da, sie liegen noch viel tiefer, aber offen genug, in jedem demagogischen Blatte; sie sind Irreligiosität, Mangel an Wahrheitsliebe, an Patriotismus, eingefleischte Selbstsucht. Das Blatt schließt: „Woher die Demokratie?“ Kam sie nicht aus der heil. Allianz, den Karlsbader, Wiener Beschlüssen? Auch das nicht. Sie war vielmehr ein entartetes Kind einer edlen, hochherzigen, patriotischen Begeisterung, die von Stein, Arndt, Yorck, Scharnhorst, Gneisenau angeregt wurde und in den Freiheitskriegen in hellen Flammen aufloderte. Man ließ diesem entarteten Kinde seinen Willen, bis ein politischer Mordmord, verübt von dem Burschenschaftler Saad an Rogebue, den Regierungen die Augen öffnete.

**Berlin, 25. März.** (Wochenschau.) Die Lage Europas wird immer verwickelter. Der Jüchhoff häuft sich von Stunde zu Stunde; die ruhige Ueberlegung, die diplomatische Schlaueit fängt an, der Leidenschaft Platz zu machen. Alles bereitet sich zu einer Krise vor, aber auf keiner Seite ist Selbstvertrauen genug, um den gewagten Schritt zu thun, der die lauernden Kräfte entseffeln könnte. In all diesem Drängen und Treiben ist allein der Papst guten Muthes; er hält die Zustände Italiens für genug beruhigt, um in die ewige Stadt wieder einzuziehen, und nach den herbsten Erfahrungen, aber nicht mehr getragen von der innigsten Anhänglichkeit seines Volkes, bewacht von fremden Söldlingen, den Kirchenstaat nach einem Statut zu regieren, das alles Andere eher ist als eine Constitution. Von den italienischen Einheitsversuchen ist keine Rede mehr; und die vorherrschenden europäischen Mächte theilen sich heute noch ebenso in die Herrschaft über Italien, wie gegen das Ende des 13ten und im Anfange des 16ten Jahrhunderts. Ganz so schlimm steht es noch nicht um Deutschland; denn eine der europäischen Großmächte steht selbst vollständig auf deutschem Boden und macht dessen Interessen zu den seinigen; sollte es aber dem Haß, der Kurzsichtigkeit, sollte es dem Einfluß anderer Mächte gelingen, sie aus dieser Stellung zu vertreiben, so würde Deutschland die Rolle Italiens spielen.

In der Blockade der griechischen Häfen ist eine Pause eingetreten; England hat einstweilen Unterpand genug. Rußland empfängt die Erschlänge für seinen Liebesdienst an Oesterreich. Es gehört ein geringer Anlaß dazu, um England und Rußland ernstlich aufeinanderzutreffen zu lassen.

Beide bringen auf Beilegung des Streits über Schleswig. Preußen läßt sich keine Mühe verdrängen, den Frieden herbeizuführen. Die Bundes-Commission ist klug genug, sich mit dieser dornigen Arbeit nicht zu befassen. Preußen hält an den letzten Friedenspräliminarien fest; es verlangt selbstständige Legislatur, Selbstständigkeit der Departements der Justiz, des Cultus, der Civilverwaltung, der Militärverwaltung und der Finanzen. Dänemarks Forderungen entfernen sich entschieden von den Friedenspräliminarien; wir sollten von England, unter dessen Vermittelung diese festgestellt sind, erwarten, daß es Dänemark zur Anerkennung derselben anhielte. Die entschiedene Antipathie der Herzogthümer gegen diese Friedensbasis macht aber die Unterhandlungen noch zweifelhafter und Preußens Lage zu der unglücklichsten. Wäre das nationale Element bei uns noch stark genug, es würde auf eine ganz andere Lösung dringen. Aber so machen andere Staaten die Adressen, und wir bezahlen die Zehne.

In Deutschland macht der Partikularismus riesenmäßige Fortschritte. Dem Gedanken der Nationalität, der die kleinen Throne erschütterte, stellen die Fürsten die Stammes-Eigenthümlichkeit entgegen, einen ihrem Territorialbesitz nicht viel weniger gefährlichen Begriff. Der König von Württemberg hat gleichzeitig dem nationalen Gesamtstaat und Preußen fest den Fehdehandschuh hingeworfen; er hat damit nur gezeigt, daß dies Beides untrennbar von einander ist. Er, der mit schönen Worten Preußen den Dank vergolten hat dafür, daß es ihn nicht mediatisiren ließ im Frankfurter Einheitsstaate, er hat dem deutschen Volke auf unvergeßliche Weise gezeigt, wo die stärksten Hemmungen seiner Einheit liegen.

Selbst übrigens im Bündniß vom 26. Mai greift der Abfall weiter um sich; Oldenburg wird durch seine Vertretung zu Hannover hinübergezogen, Bremens Bürgerchaft verweigert die Wahl, in Kurhessen scheinen sich die Consequenzen des Ministeriums Hassensflug täglich mehr zu entbüllen. Wird Preußen, wird der Reichstag gegen den fortschreitenden Abfall Etwas ausrichten können, ohne zur Gewalt zu greifen und gewaffnet das Bündniß wider den deutschen Bund zu verteidigen, oder wird es sich mit den treugebliebenen Staaten auf den allerengsten Erfolg beschränken? Das wird der Kern der Erfurter Fragen werden. Denn mit einer kriegerischen Execution würde Preußen die Fundamente des deutschen Bundes verlassen, ohne dieselbe aber wird der Bundesstaat weder Umfang, noch Macht und Ansehen besitzen. Und das schließliche Hauptresultat wäre in diesem Falle wieder die Rückkehr zum Bunde.

Ein anderes Resultat scheint auch dem Versuche der Münchener Ueber-einkunft nicht bevorzustehen. Oesterreich hat zwar seinen Beitritt zu derselben erklärt, aber ganz gewiß nur unter der Voraussetzung, daß Preußen unmöglich beitreten kann, und unter solchen Ausdrücken und Bedingungen, daß der Versuch scheitern muß, und daß man überhaupt über seine definitive Gestaltung gänzlich im Dunkeln bleibt. Denn noch ist es ganz ungewiß, welches eigentlich die Gegenstände der legislativen Bundesgewalt sein sollen, noch ist es im Dunkeln, was denn eigentlich unter Grundrechten zu verstehen ist, noch lassen sich die Voraussetzungen nicht übersehen, unter denen Oesterreich es für möglich hält, „sich dem Bunde mit dem gesammten Gebietsumfange des Kaiserreichs anzuschließen.“ Man kann sich eine mehr verworrene und künstliche Beitritts-Erklärung nicht denken, als diese österreichische ist. Solchen unklaren und unförmlichen Entwürfen

gibt man von jener Seite Beifall, aber den praktischen und thunlichen Rückäufierungen Preußens in Betreff der Zolleinigung weicht man natürlich aus. Denn es ist ja die unverkennbare Absicht Oesterreichs, Nichts zu Stande kommen zu lassen, sondern Alles auf den alten Standpunkt des deutschen Bundes zurück zu versetzen. (P.-C.)

**Berlin, 24. März.** Se. Majestät der König haben sich gestern Abend mit dem um 7 Uhr abgehenden Zuge nach Potsdam begeben, um der feierlichen Wiedereröffnung der durch Allerhöchste Munificenz hergestellten St. Nikolai-Kirche beizuwohnen. Der feierliche Gottesdienst, mit dem das Gotteshaus seiner Gemeinde wiedergegeben wurde, fand heute Morgen um 10 Uhr statt. Se. Majestät der König, begleitet von Ihren königlichen Hohheiten dem Prinzen Karl und dem Prinzen Friedrich Karl, begaben sich zu Fuß in die Kirche. Am Eingange derselben wurden Allerhöchstdieselben durch den Superintendenten Ebert, den zweiten Prediger Stöwe, den Bürgermeister Gobbin und den Stadtverordneten-Vorsteher, Maurermeister Hecker, so wie durch die Kirchenvorsteher empfangen und zu dem für Se. Majestät bestimmten Sitze geleitet. Die Festpredigt wurde von dem Superintendenten Ebert gehalten, zum Schlusse des feierlichen Gottesdienstes wurde das Lied „Nun danket Alle Gott“ unter Posaunenbegleitung gesungen. Zur Tafel zogen Se. Majestät außer den Generalen und Commandeuren der Potsdamer Garnison, die städtische evangelische Geistlichkeit, mehrere Mitglieder der Abtheilung des geistlichen Ministeriums für evangelische kirchliche Angelegenheiten, welche zu der Feier nach Potsdam gekommen waren, die Mitglieder des Präsidiums und den Dirigenten der Kirchen- und Schul-Abtheilung der königlichen Regierung zu Potsdam, die Vorsteher der Stadtbehörden, die Kirchen-Vorsteher und die mit der Leitung des Ausbaues der Kirche beauftragt gewesenen Bau-Beamten. Mit dem um 5 Uhr abgehenden Eisenbahnzuge begaben Se. Majestät sich nach Charlottenburg zurück.

Von den Justiz-Beamten haben bekanntlich drei den Eid auf die Verfassung verweigert; der Obergerichts-Professor Wagener zu Magdeburg, bekannt als Redakteur der Neuen Preussischen Zeitung, der Obergerichts-Professor Graf v. Schlieffen hier selbst, und der Rechts-Anwalt Justizrath John in Marienwerder. Dem Vernehmen nach sind dieselben in Folge dessen aus dem Justizdienste entlassen worden; in der letzten Nummer des Justiz-Ministerialblattes werden sie bereits als ausgeschieden bezeichnet. Damit würde auch die Mittheilung der Abendpost widerlegt werden, nach welcher Herrn Wagner eine Richterstelle zugesagt sein sollte. (C. 3.)

Die Mannschaften bei den Infanterie-Regimentern werden, wie wir hören, von jetzt ab drei statt zwei Jahre im Dienste und nur zwei statt drei Jahre bei der Kriegs-Reserve bleiben.

„Glaubhaft“ wird dem C. B. versichert, daß in Berlin ein russisch-österreichisches Bureau existire, welches, namentlich an französische Zeitungen, Mittheilungen, besonders lange telegraphische Depeschen im anti-preussischen Sinne expedire. Das Institut soll direkt von der österreichischen und russischen Legation abhängen und Instruktionen empfangen.

Nach der B. 3. ist Herr v. Bülow, der dänische Gesandte, am Freitag in aller Stille hier eingetroffen, am Sonnabend Nachmittag aber wieder abgereist. Einem glaubwürdigen von dit zufolge habe Herr v. Bülow nur mit dem österreichischen Gesandten eine längere Conferenz gehabt. Auch bemerkt die B. 3. als „zuverlässig“, daß Herr v. Bülow vorgestern nach Hannover abgereist ist, um bei Herrn Stüve im Sinne Oesterreichs zu wirken, da die Stimme Hannovers bei der zu erwartenden schiedsrichterlichen Entscheidung den Ausschlag gegen Preußen üben soll.

Wie wir erfahren, schreibt das C. B., ist die Confiskation der Nr. 68 der Abendpost nicht wegen eines Artikels über die Wegnahme der Kränze auf dem Friedrichshain erfolgt. Es ist vielmehr diese Maßregel die Folge eines in derselben Nummer enthaltenen Artikels „Die Anarchie unter den deutschen Fürsten“, welcher angeblich eine Majestätsbeleidigung enthalten soll.

**Berlin, 26. März.** Baron von Hügel hat in einer Gegennote auf die Note des hiesigen Kabinetts von demselben Tage erklärt, daß er in Beantwortung der ihm zugegangenen Note seinen Instruktionen gemäß zu handeln glaube, wenn er seine Pässe fordere. — Herrn v. Hügel sind hierauf seine Pässe sofort zugestellt worden. — er hat bereits vorgestern Abend Berlin verlassen. Nach einem eintägigen Aufenthalt, den Herr von H. bei seiner Schwester auf Waddorf im Sächsischen zu nehmen gedenkt, wird sich der Herr Gesandte nach Stuttgart begeben. (B. 3.)

Die neuerdings eingetretene Verminderung des Heeres, soll die Folge von friedlichen Zusicherungen gewesen sein, welche seitens Rußland, Frankreich und Oesterreich eingegangen sind. Die entlassenen Reserve-Mannschaften sind aber, wie wir hören, ausdrücklich auf eine mögliche baldige Einberufung aufmerksam gemacht worden. Ueberhaupt sind alle Vorbereitungen getroffen, damit die Einberufungs-Ordnung innerhalb 24 Stunden in den Händen der Militairpflichtigen sein können. (B. 3.)

Zur Verhandlung der vom Oberbürgermeister Ziegler gegen das Erkenntniß des Schwurgerichtshofes zu Brandenburg eingelegten Nichtigkeitsbeschwerde ist jetzt ein Termin auf den 10. April um 9 Uhr auf dem Ober-Tribunal anberaumt worden.

Der hier seit Sonnabend anwesend gewesene Minister v. Mantuffel erstattete Sr. Majestät Bericht über die Erfurter Verhältnisse.

Ein Theil der Presse scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, durch übertriebene Nachrichten von den russischen Kriegsrüstungen und Truppenanhäufungen an der preussischen Grenze die Leser zu beunruhigen oder zu unterhalten. Nicht selten mögen diese Kriegsgerüchte von Börsenspekulanten erfunden sein. So viel hat man hier vernommen, daß Truppenbewegungen im Innern Rußlands noch nicht vorgekommen sind. Daß die in der Nähe der preussischen Grenze stationirten russischen Truppen die Erwartung eines Einmarschbefehles in Posen hegen, läßt sich leicht aus der unter ihnen verbreiteten Ansicht erklären, wonach sie berufen seien, die Ordnung Deutschlands herzustellen. Sicher scheint zu sein, daß Offiziere von Komza, im Gouvernement Augustowo, und einige Meilen östlich von Ostrolenta, und in Braclawek an der Weichsel eingetroffen sind, um den Marsch und die Dislocation der jetzt in jener Gegend stationirten Truppen an die Grenze vorzubereiten. Auch sollen in Braclawek Kähne gemietet sein, um Proviant und Munition stromabwärts zu transportiren. Von Truppenbewegungen nach Kalisch wird gleichfalls gemeldet.

**Erfurt, 21. März.** Der erste Zug im Schach gegen Oesterreich ist geschehen, das Parlament des deutschen Reiches ist versammelt und eröffnet. Eine Thatfache gebührt bereits der Geschichte an, die nur durch eine größere That beseitigt werden kann, und dazu hat das Haus Habsburg nicht die moralischen Mittel — von Geld und Menschen wollen wir nicht reden. Es ist nicht der Reichstag von Kremsier, wo Nomaden unter Zelten haufen und inmitten einer babylonischen Sprachverwirrung die Civilisation eine deutsche Herberge suchen mußte. Man werfe einen prüfenden Blick über diese Versammlung in Erfurt, man wäge die Kenntnisse, die Sitte, den politischen Takt, das Nationalgefühl, und es muß zugegeben werden, daß sie weit über dem östlichen Horizonte steht! Es ist kein Partikularismus, keine Absonderung wahrzunehmen, die verschiedenen Stämme geben Hand in Hand, und die Ansicht des Individuums bestimmt nicht die Mundart.

Opposition wird und muß sein, allein ihr Gebiet werden die Uebersetzung und das Schicksale begrenzen. Deutschland hat ungemein an politischer Bildung zugenommen; die constitutionelle Partei gewinnt täglich mehr an praktischem Boden, und ihr endlicher Sieg wird ein unzweifelhafter sein.

Wir waren nicht immer der Ansicht der Männer von Gotha, allein das Anerkennung gebührt ihnen: daß sie viel zu dieser geistigen Verbrüderung der deutschen Gauen beigetragen haben! Fahren die Constitutionellen auf dem praktischen Wege fort, so werden die Sonder-Interessen der Dynastien der freien Entwicklung der Nation weichen müssen.

Auch die Nothen verlieren an Einfluß, denn sie wollen nicht schaffen, sondern theilen, und der gesunde Kern des Volkes begreift: daß wenn der Eimer leer ist, der andere gehoben, so muß man zum Brunnen zurückkehren. Die meisten Gewerbe blühen jetzt im Lande, und auf diese Thatfache können sich mit Recht Jene berufen, welche den Frieden erhalten haben. Es gilt, die Quellen der Arbeit überall zu eröffnen und nicht ein unverständiges Raisonnement über das Recht auf Arbeit vor müßigen Bummelern zu führen.

Wir können der Erfurter Versammlung nur anrathen, entschlossen und besonnen auf der Bahn der richtigen Mitte fortzuschreiten, die wirklichen Volks-Interessen unerschütterlich zu wahren und dem Kaiser geben, was des Kaisers ist; dann werden Gesetz und Ordnung die Bürgertrone flechten, während die geistigen und leiblichen Schätze der Nation sich wunderbar vermehren.

(Pr.-C.)

**Erfurt, 25. März.** (Telegr. Depesche der Voss. Ztg.) Im Volkshaufe ist Simon mit 98 von 172 Stimmen zum definitiven Präsidenten, Freiherr v. Schenk mit 97 zum ersten, Ruder mit 101 Stimmen zum zweiten Vice-Präsidenten gewählt.

Der Präsident Simon tritt sein Amt mit folgenden Worten an: „Meine Herrn! Ich übernehme das ehrenvolle Amt, zu dem Sie mich für einige Wochen haben bestimmen wollen, mit tiefempfundener Dank und trotz dem Bewußtsein einer kaum zureichenden Kraft, — doch ohne Zögern. Denn ich habe es erfahren, daß dieser Mangel reichlich aufgewogen werden kann, wenn es gelingt, im Laufe der Geschäftsordnung das Vertrauen zu verdienen, das von Anfang nicht anders, denn als ein freies Geschenk gebracht werden kann. Und so darf ich zuversichtlich hoffen, daß auch mir dieses Vertrauen von keiner Seite dieses hohen Hauses werde versagt werden, wenn ich mein Amt handhabe ohne andere Rücksicht, als die auf Gesetz, — Niemand zu Liebe und Niemand zu Verleide!

„Wie verschieden, meine Herren, wir auch über die gegenwärtige Weltlage urtheilen mögen, uns Alle durchdringt gleichmäßig die Einsicht in der Verfassung der Aufgabe, die uns abermals gestellt ist, — der Aufgabe, die nach allem Mißlingen immer von neuem an uns herantritt, ohne deren glückliche Lösung wir kaum die Stelle bewahren werden, die wir inne haben, und sicherlich diejenige nicht erreichen, die uns doch nach dem Rathe der Vorsehung gegönnt scheint unter den Völkern der Erde. (Bravo der Versammlung.)

„Und so wollen wir, meine Herren, an unsere Arbeit gehen in billigem Einvernehmen unter einander, wie mit dem neben uns stehenden, gleichberechtigten politischen Körper, und mit den verbündeten Regierungen, die in klarer unbeirrter Einsicht in die wahren Bedürfnisse unserer Nation uns an diese Stelle gerufen haben, in diese alte ehrwürdige Stadt, in die schon vor einem Jahrtausend ein König, den unsere Geschichte mit dem Beinamen des Deutschen schmückt, deutsche Männer rief, damit sie ihm in der Regelung der öffentlichen Zustände zur Seite ständen. (Bravo der Versammlung.)

„Lassen Sie uns, meine Herren, in diesem Sinne mit entschlossenen Händen den Grund eines Baues befestigen helfen, der bald die große Mehrzahl, einst in seiner Vollendung alle Stämme unseres deutschen Vaterlandes unter seinem schirmenden Dache versammeln wird. Noch einmal, meine Herren, gönnen Sie mir Ihr Vertrauen, und lassen Sie sich den wiederholten Ausdruck eines innigen und tief empfundenen Dankes gefallen. (Allseitiges lebhaftes Bravo.) Von meinem Rechte, meine Herren, diese hohe Versammlung zu vertreten, mache ich den ersten Gebrauch — sicherlich mit Ihrer allseitigen Zustimmung — indem ich dem ehrwürdigen Greise, der bis zu dieser Stunde die einleitenden Geschäfte dieses Hauses geführt hat, in Ihrem Namen unsern Dank abstatte und Sie ersuche, sich zum Zeichen Ihres Einverständnisses von Ihren Plätzen zu erheben.“ (Die ganze Versammlung erhebt sich.) (Erf. Ztg.)

**Erfurt, 26. März.** Herr von Radowiz hat heute im Volkshaufe die Geschichte des Bündnisses vom 26. Mai von den letzten Eröffnungen des Redners in der preussischen Kammer bis zu diesem Augenblick entwickelt, wobei das Verfahren Sachsens und Hannovers, wie die württembergische Thronrede ihre Erwähnung fanden. Ein Antrag an die Versammlung ist Seitens des Verwaltungsrathes nicht gestellt. — Das Haus hat sich bis zum Mittwoch nach Ostern vertagt. (D. Ref.)

**Posen, 23. März.** Der Schaden an Grundstücken, welchen die letzte Ueberschwemmung hier angerichtet hat, beträgt, nach einer sehr niedrigen Taxe, 16,000 Thlr. und trifft größtentheils die ärmeren Hauseigenen hart. Aus der Kammereinkasse sind 14,000 Thlr. zur Erleichterung ausgesetzt worden, außerdem hat der Herr Oberpräsident in einem Bericht an das Staatsministerium beantragt, aus den extraordinären Fonds 14,000 Thlr. zu bewilligen, um den Eigenthümern zum Wiederaufbau ihrer Häuser daraus Darlehen gewähren zu können. (Pos. Z.)

**Glogau, 23. März.** Der regierende König von Württemberg ward bekanntlich 1781 in dem zwischen Glogau und Liegnitz gelegenen

Städtchen Lüben als der Sohn eines dort in Garnison befindlichen preussischen Generals, des damaligen Herzogs Friedrich von Württemberg, geboren. Mehrere Vaterlandsfreunde hier und in Liegnitz haben, nun die Absicht, eine Sammlung zu veranstalten, um mit dem Ertrage das vor dem Glogauer Thore in Lüben stehende Geburtshaus des Königs Wilhelm anzukaufen und es dann niederreißen zu lassen. Sie glauben diese Genußnahme dem Morarchen schuldig zu sein, der es so entschieden ausgesprochen, sich keinem Hohenzoller unterordnen zu wollen und der gleichwohl das Unglück hatte, unter einem Hohenzoller als der Sohn eines den Hohenzollern dienenden Generals geboren zu werden. Sie glauben den deutschen König, der, als Nachkomme der Nachfolger der Hohenstaufen in Schwaben, auch auf Kaiser Rothbart's Erbschaft die legitimsten Ansprüche zu haben vermeint, nicht besser zu ehren, als indem sie jede Spur der Erinnerung seiner Geburt in einem Lande vertilgen, das zu Friedrich Barbarossa's Zeit noch von den Slawen bewohnt und von den Nachkommen der Piasten beherrscht wurde. Eine Gedenktafel wird dereinst den Platz vor dem Glogauer Thore in Lüben zieren und diese Gedenktafel nichts weiter als die denkwürdige Thronrede von 1850 enthalten. Nächst der Schwäche, sich als Nachkomme der Nachfolger der Hohenstaufen zu betrachten (der Württemberger Graf „Ulrich mit dem Daumen von Beutelsbach“, Ahnherr des Königs Wilhelm, regierte bekanntlich in Stuttgart und Waiblingen nach dem Tode Conradins von Schwaben), ein Erbrecht, das bereits die Studentenverbindungen vom Jahre 1819 anerkannt hatten, soll es auch ein kräftiges Wort des alten Wangel sein, das dieser einmal in blücherischer Hufarenmanier bei Gelegenheit der Nachgiebigkeit des Königs gegen das Ministerium Römer und die Radikalen ausgesprochen, was die Württembergischen Monarchen so sehr gegen Preußen gestimmt hat. Wundere man sich daher nicht, wenn sich auch jetzt wieder die schwäbischen Radikalen enger mit ihrem hochgestellten Freunde verbinden.

(Const. Ztg.)

**Hannover, 23. März.** Obwohl der Interpellant Hermann in der heutigen Sitzung der ersten Kammer nicht anwesend war, hielt es der Ministerpräsident Bennigsen doch für angemessen, auf die gestern an die Regierung gerichtete Frage zu antworten, zumal auch der Regierung daran liege, etwa entstandene Zweifel zu beseitigen. Zunächst wiederholte er die früher gemachte Angabe, daß eine förmliche Aberufung des preussischen Gesandten nicht erfolgt sei, indem die dabei übliche Ueberschickung des Abberufungsschreibens nicht stattgefunden habe. Die Sache verhalte sich folgendergestalt. Am 7ten d. M. habe der preuß. Gesandte dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten mündlich die offizielle Anzeige gemacht, wie er von seiner Regierung den Befehl erhalten habe, seinen Posten bis auf Weiteres zu verlassen. Die Motive hierzu seien nicht mitgeteilt worden. Es habe demnach die hiesige Regierung keinen Anlaß gehabt, anzunehmen, daß jener Befehl der preussischen Regierung eine politische Bedeutung habe, um so weniger, als der preussische Gesandte schon mehrfach abwesend gewesen sei. Als Mitglied der ersten preuß. Kammer habe er lange Zeit an den Beratungen dieser gesetzgebenden Versammlung Theil genommen und sei erst wenige Tage vorher von dort zurückgekehrt gewesen. Außerdem sei es bekannt, daß derselbe von der Stadt Berlin zu der Erfurter Versammlung gewählt worden. Unter diesen Umständen habe die Vermuthung nahe gelegen, daß der Befehl der Abreise nur ertheilt sei, um dem Gesandten zur Besorgung anderweitiger Geschäfte Gelegenheit zu geben. Erst aus öffentlichen Blättern habe die Regierung erfahren, daß dem Befehle andere Motive untergelegen hätten. Aus einer von dem preuß. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erlassenen Circulardepesche, welche durch die Zeitungen veröffentlicht worden, gehe hervor, daß der Befehl in der Stellung seinen Grund habe, welche die hiesige Regierung zu dem Vertrage vom 26. Mai einnehme. An der Echtheit der Depesche zu zweifeln, habe er keinen Grund, obwohl er auch die Echtheit nicht offiziell versichern könne. Er möchte nun anheim geben, nach diesen Erklärungen die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen, da dem Hause in der nächsten Zeit würde Gelegenheit gegeben werden, sich über die Verhältnisse näher auszusprechen. Die Regierung werde in der nächsten Zeit den Ständen Vorlagen machen müssen über die Stellung, welche sie in der deutschen Frage einnehme. — Durch ein Regierungsschreiben wurde die Ständeversammlung bis zum 3. April vertagt.

**Darmstadt, 20. März.** In der Nachmittagsitzung wurde die Köchin Cyriach vernommen. Sie gab im Wesentlichen an: Am Nachmittag des 2. November gegen 3 Uhr sei Stauff zu ihr in die Küche gekommen und habe sie aufgefordert, Feuer in dem Speisezimmer des Grafen zu machen; sie habe sich dessen gewiegt, weil es damit noch Zeit habe und sie bei der Brüh (Sauce) bleiben müsse, mit deren Bereitung sie eben beschäftigt war. Stauff sei in der Küche geblieben und habe sie endlich aufgefordert, einen für die Tafel bestimmten Teller, der nicht ganz rein sei, zu säubern. Während sie nach dieser kleinen Verrichtung sich nach einer anderen Seite gewendet, hätte sie wahrgenommen, daß Stauff aus einem grünen Arzneigläschen etwas in das Töpfchen geschüttet habe, worin sich die Sauce befunden, deren Umrühren er übernommen. Darüber zur Rede gestellt, habe Stauff vorgewendet, er habe nur seine weiche Hand über das Feuer halten wollen, und sich dann entfernt. Die Sauce versuchend, habe sie diese übelstschmeckend gefunden und eine grüne Beimischung wahrgenommen, dies auch dem hinzugekommenen Kuischer Schämbs und der gleich darauf ebenfalls eintretenden Rassenberger erzählt. Was letztere mit der mitgenommenen Brüh gemacht, wisse sie nicht; nach deren Aeußerung sollte sie dem Arzt gebracht werden. Nach einiger Zeit sei Stauff wieder in die Küche gekommen und habe über den Herd hin gesehen. Den vom Versuchen der Brüh herrührenden übeln und Reizung zum Erbrechen erweckenden Geschmack habe sie noch am Abend gehabt und sei dadurch veranlaßt worden, sich Thee zu machen. Von dem Präsidenten befragt, deponirte Zeugin noch über einzelne Daten. Ermahnt, die Wahrheit zu sagen, ihr Gewissen nach keiner Seite hin zu belassen, beharrte Zeugin bei ihrer Aussage. Stauff hob hervor, auf sein Verlangen sei der Zeugin die Wichtigkeit des Eides und die Bedeutung des Meineides von dem Geistlichen erklärt worden; dennoch habe sie nach seiner

\*) Bruders und Nachfolgers des Herzogs Karl, gegen dessen unnütze Verschwendung Württembergs Volk durch seine Landstände bei Friedrich dem Großen Hilfe suchte — und fand. Auch des Herzog Friedrichs Vater, Großvater des jetzigen Königs, hatte in preussischen Diensten gestanden; ebenso des letzteren Bruder Eugen, früher durch schlimme Eigenthümlichkeiten bekannt, später durch seine Niederlage bei und in Halle 1806. — Es hat denn doch so mancher württembergische Fürst unter einem Hohenzollern gestanden!

Ueberzeugung die Unwahrheit gesagt; denn er habe nichts in die Sauce gethan. Nach Vorlesung einiger Protokolle der Voruntersuchung kam Stauff auf seine Behauptung zurück, die Zeugin habe die Unwahrheit gesagt; ja, er beschuldigte dieselbe des Meineides. Der Staatsanwalt fand sich dadurch veranlaßt, den Präsidenten zu bitten, den Angeklagten in die Schranken der Ordnung zurückzuweisen. Mit Recht entgegnete der Präsident, die Deffentlichkeit verwalte hier ihr hohes Amt; indessen gab er dem Angeklagten zu bedenken, daß er sich durch einen solchen Exceß der Gefahr aussetze, abgeführt zu werden, wonach das Verfahren in seiner Abwesenheit weiter schreiten werde. Zeuge Medizinalrath und Apotheker Rube deponirt, daß seit 1846 kein Grünspan in seiner Offizin gefordert und verabreicht worden sei. Zeugin Auguste Keller, 1845 und 1846 Kammerjungfer bei der Gräfin, bezeugt den beachtungswerthen Umstand, daß die Gräfin, am Schreibtische sitzend, den einen Schuh ausgestoßen hat; bei ihrer guten Figur habe sie des Schnürens nicht bedurft. Dem Stauff erteilte Auguste Keller das Zeugniß freundlichen, gefälligen Benehmens, jedoch mit dem Zusage, daß er zudringlich gewesen. Der Schmerz des Grafen über den Tod seiner Gattin sei aufrichtig gewesen; diese habe ihre Pretiosen, worunter viele Ringe, die sie nicht getragen, im Trui im Säuiß verwahrt und zwar so, daß bei ihren Lebzeiten ein Diebstahl so viel als unmöglich gewesen sei. Die begonnene Vernehmung des Zeugen Heinrich Lind ward ausgesetzt, weil der Staatsanwalt dahin einen motivirten Antrag stellte. (D.-P.-A.-3.)

**Darmstadt, 21. März.** Die heutige Vormittagsitzung des Schwurgerichts im Prozeß Görlig begann mit den Erläuterungen des Medizinalraths Merck durch Vorzeigung eines grünfarbigen Arzneigläschens, für 3 Kr. Grünspan enthaltend, und einer kleinen Papierdüte, so groß, daß sie die gleiche Quantität Grünspan enthalten konnte. Stauff behauptete, daß das Volumen des Papiers, worin das ihm von seinem Bruder Ueberbrachte befindlich war, viel kleiner gewesen sei. Dann wurden nach einander neun Zeugen vernommen. Juliane Krause konnte über das, was sie möglicherweise wissen konnte, nichts ausagen. Desto wichtiger war die Aussage des folgenden Zeugen, des Schullehrers Offenbacher zu Oberohmen, eines Mannes von 40 Jahren. Er kennt alle drei Angeklagten und sagt aus: Die Naturkunde gehöre zu den Gegenständen seines Unterrichts, der so auch die Lehre von den Giftpflanzen und dem Gift überhaupt begreife; hiernach könne er mit Bestimmtheit versichern, daß auch der Angeklagte, Joh. Stauff, sein früherer Schüler, von den schädlichen und lebensgefährlichen Wirkungen des Grünspans, der sich gern in kupfernen Gefäßen erzeuge, unterrichtet worden sei. Der Schulunterricht dauere acht Jahre, und so werde auch der Angeklagte so lange bei ihm in die Schule gegangen sein. Zeuge erklärt, er habe denselben als einen fähigen Kopf erkannt, als einen freundlichen und dienstwilligen Knaben kennen gelernt, der zuweilen wegen Unarten gestraft worden sei; im Zeugnen habe er eine seltene Gewandtheit gehabt, so daß er, Zeuge, selbst der bestimmten Thatsache gegenüber zuweilen „flüchtig“ geworden; gewöhnlich habe es sich herausgestellt, daß der Knabe die Unwahrheit gesagt habe. In der ersten Zeit, ehe sich diese Untugend mehr ausgeprägt, habe er diesen Schüler lieb gehabt, der mehrere Jahre lang mit ihm unter einem Dache gewohnt, so daß es an Gelegenheit zum Beobachten nicht gefehlt habe; nachdem er seit zwei Jahren die Schule verlassen, sei Stauff auch aus Oberohmen fortgegangen, weshalb er ihn aus dem Gesicht verloren. Neigung zur religiösen Schwärmerei will Zeuge an seinem früheren Schüler nicht bemerkt haben, eher das Gegentheil. Vom Präsidenten ermahnt, die Wichtigkeit seiner vielleicht sehr belastenden Aussagen zu bedenken, erklärt Zeuge: „er habe dies wohl beherzigt.“ Es war deutlich zu bemerken, daß die Aussage des Zeugen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit vernommen wurde, weil sie den Blick in das innere Wesen des Angeklagten öffnete. Nach diesem Zeugen trat der Wirth zum „grünen Weinberg“, Heinrich Lind, dessen Vernehmung gestern Nachmittag unterbrochen worden war, wieder vor. Er giebt im Wesentlichen an, daß Stauff die Mittagskost bei ihm gehabt, auch auf vorherige Bestellung das Abendbrod bei ihm verzehrt habe. Am Nachmittag des 13. Juni 1847 gegen halb 4 Uhr habe sich Stauff, zurückkehrend von dem Großherzoglichen Palais, wohin er den Grafen begleitete, bei ihm eingefunden, um sein Abendessen zu bestellen. Hierbei habe er geäußert, daß er einen Brief der Gräfin an einen Geistlichen in der Nähe von Gießen auf die Post tragen solle; sonst sei derselbe oft bei ihm geblieben, bis es Zeit gewesen, den Grafen wieder vom Hofe abzuholen, an jedem Tage sei er aber gleich wieder weggegangen; auch nach dem Abendessen sei dieses der Fall gewesen. Am Tage nach dem schrecklichen Ereigniß habe Stauff ihm eröffnet, daß er nun entlassen werden würde, was ihn, den Zeugen, veranlaßt habe, ihn auf einen andern guten Dienst aufmerksam zu machen. In der Nacht vom 7. zum 8. Juni habe Stauffs Vater, der am 9ten desselben Monats wieder abgereist sei, bei ihm gewohnt. Sein Sohn habe die Wohnung für ihn bestellt. — Die hiernach vernommene Zeugin Margaretha Helfmann schildert den Zustand der Leiche der Gräfin, zu deren Aus- und Ankleiden sie berufen worden sei. Der Graf habe vor der Leiche auf den Knien gelegen und bitterlich geweint; nur der untere Theil des Körpers habe menschliches Ansehen gehabt. Nach dem Auskleiden der Leiche habe sie, Zeugin, vorgeschlagen, die der Leiche ausgezogenen Kleider in den Abtritt zu werfen; der Graf habe aber deren Verbrennung befohlen, was nach Ausschneiden eines Stückes aus dem schwarzen Oberkleide geschehen sei. Am linken Bein der Leiche habe sie zwei Brandstellen gefunden, von denen die eine rohes Fleisch gezeigt habe; der vordere Theil der Hüfte sei am Schenkel so versengt gewesen, daß das Versengte sich habe zerreiben lassen; Blutspuren an den Unterarmen habe sie nicht wahrgenommen; Stauff sei nicht zugegen gewesen; der Graf sei dageblieben. Die weiter vortretende Zeugin, Wilhelmine Schmidt, leistete bei dem Aus- und Ankleiden der Leiche Hülfe. Ihre Aussage stimmt mit den Angaben der letztern Zeugin überein, auch in Bezug auf die Frage, wie sie den Rücken beschaffen gefunden hätten. Beide Zeugen wollen darauf nicht geachtet haben. Die Zeugin entschuldigte sich mit der Einwirkung des heftigen Eindrucks, den der schreckliche Anblick auf sie gemacht; den Grafen habe sie sehr angegriffen gefunden.

In der heutigen Nachmittagsitzung wurde der Zeuge Schreinermeister Maurer in Aussagen, welcher den durch den Brand des Schreibsekretärs beschädigten Fußboden im Wohnzimmer der Gräfin ausgebeßert hatte, vernommen. Vergeblich ist der Versuch, von dem alten Manne zu erfahren, von welchem Umfang die Beschädigung gewesen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Publikum und Geschworne der Vernehmung der Ehefrau des

Regierungsraths Rüdler, geborne Friedrich, die gleich der Gräfin in Frankfurt a. M. geboren, und mit ihr von gleichem Alter, auch deren Jugendfreundin war. Sie sagt aus: „Fräulein von Witt ward, als das einzige Kind, von ihren Eltern vermählt; diese wünschten, gleich dem Grafen von Görlig, die Verbindung ihrer Tochter mit dessen Sohn; sie kam zu Stand und zwar mit Hülfe der Neigung der Tochter zu dem für sie Bestimmten. Anfangs war die Ehe nicht sehr glücklich; die junge Ehefrau hegte Wünsche, doch beklagte sie sich nicht. Später heiterte sich der eheliche Himmel auf; die Ehegatten wurden sich unentbehrlich.“ Indem Zeugin ihrer sie oft besuchenden und ihr viel Vertrauen schenkenden Jugendfreundin das Zeugniß der Gutmüthigkeit bei heftigem Temperament, des religiösen und wohlthätigen Sinnes erteilt, fügt sie hinzu: „Sie habe niemals ehelichen Zwist im gräflichen Hause wahrgenommen.“ Angeregt von Andeutungen des Präsidenten, gedenkt Zeugin eines Gerüchts, die Gräfin habe sich in dem Teich des Schloßgartens ertränken wollen, ihre Freundin habe Nachricht von diesem Gerücht erhalten und sich bei ihr unter bitteren Thränen beklagt, daß man sie für fähig halte, einen Selbstmord zu begehen. Zeugin fügt hinzu, „sie habe eine solche That ihrer Freundin nie zugetraut, weil sie die Religiosität derselben gekannt. Dieser fromme Sinn würde sie auch abgehalten haben, das von ihren Eltern geknüppte Eheband, ein von ihr verehrtes Bermächtniß, zu lösen; habe Neigung die Gattin dem Gatten zugeführt, so sei letzterer nicht bloß durch Interesse geleitet worden.“ Befragt nach ihrer Kenntniß des häuslichen Kreises der Gräfin, erklärt sich Zeugin als damit nicht vertraut. Eine bestimmte Frage veranlaßt sie, anzugeben, daß ihre Freundin ihren Schmutz, den sie ihr einmal gezeigt, sorgfältig in ihrem Schreib-Sekretair verwahrt habe. Die Skriptur, worin die Gräfin verordnete, wie sie beerdigt werden wollte und die Secirung verbot, erkannte Zeugin als von der Hand der Gräfin geschrieben. Den Tod ihres Oheims habe die Gräfin sehr schmerzlich empfunden, ob sie gleich in ihren Grundsätzen von denen dieses Verwandten sehr abgewichen sei; die Art dieses Todes habe sie sehr erschüttert. Noch wird Friederike Gilbert vernommen; ihre Aussagen sind bedeutungslos. Der Präsident nimmt nun das Wort: „Bis jetzt sei der objektive Thatbestand der Gegenstand der Ermittlung gewesen, obgleich die Aussagen der Zeugen diese Grenze überschritten hätten, was unvermeidlich gewesen. Was dadurch bereits ans Licht getreten sei, müßten die Geschwornen einstweilen im Hintergrund lassen; die jetzt im Vordergrund stehende Frage sei, „ob die Gräfin eines gewaltthätigen Todes gestorben sei, und zwar durch verbrecherische Hand.“ Um das Ziel, der Beantwortung dieser Frage, zu erreichen, müsse der Pfad erleuchtet werden, der dahin führe. Die Gutachten der Männer der Wissenschaft würden diese Leuchte sein; zu den Elementen derselben gehörten die bereits vorliegenden Aktenstücke, worin sich die Experten bereits ausgesprochen hätten, so daß deren Verlesung geboten sei. Daher Verlesung des Protokolls über die Besichtigung der Leiche, des Gutachtens des Geh. Medizinalraths Stegmayer (schwankendes Arbitrium), des Gutachtens des Stabsarztes Dr. v. Siebold, worin sich derselbe aussprach, daß die Gräfin durch Selbstverbrennung umgekommen sei (daß bisherige Verfahren hat die Meinung des Verfassers bereits erschüttert), des chemisch-technischen Gutachtens über den Niederschlag im Bohnengemach der Gräfin, der sich bei Auffindung ihrer Leiche zeigte, des Gutachtens des Medizinalkollegs, das, den Scharfsinn des Dr. v. Siebold'schen Gutachtens anerkennend, sich im entgegengegesetzten Sinne aussprach, weil es an allen Bedingungen fehle, welche die Annahme einer Selbstverbrennung fordere, endlich des Protokolls über die Sektion nach Wiederausgrabung der Leiche. Nächste Sitzung morgen früh um 9 Uhr. (D.-P.-A.-3.)

**Frankfurt, 21. März.** Man spricht von der demnächstigen Bildung eines größern, aus Truppentheilen verschiedener deutscher Staaten zusammengesetzten Armee-Corps, zu welchem auch ein Theil des im Vorarlbergischen concentrirten österreichischen Heeres stoßen soll, würde, dem Vernehmen nach, in der Nähe des Großherzogthums Baden stattfinden. (D. A. 3.)

**Bremen, den 22. März.** Von Oldenburg wird uns, zur Widerlegung einer Nachricht der W. Z. „aus sicherster Quelle“ gemeldet, daß der neue kurheffische Bevollmächtigte die ganz bestimmte Erklärung gegeben hat, Kurheffen werde beim Bündnisse fest beharren. (N. Br. 3.)

**Stenaburg, den 21. März.** Alle Nachrichten über eine Concentrirung der Schweden, die einige Zeitungen gebracht haben, sind grundfalsch. Sie haben sich weder concentrirt, noch deutet irgend etwas auf Sicherheit auf ihren baldigen Abmarsch, außer einigen losen vagen Gerüchten, die sich beständig erhalten, und dem Umstande, daß sie seit längerer Zeit beständig marschfertig stehen. Nach den neuesten Nachrichten aus Schweden scheint man auch dort nicht zu glauben, daß diese Truppen uns so bald verlassen werden; denn es werden in kürzlich eingegangenen Briefen bereits die Regimenter genannt, die bestimmt sind, späterhin im Jahre die hiesigen abzulösen. (N. Fr. P.)

### Frankreich.

**Paris, 22. März.** Die gestern in der Nationalversammlung vorgelegten Gesetz-Entwürfe in Betreff der Presse und der Clubs finden heute fast bei allen Journalen heftigen Widerspruch. — Die Versammlung nahm heute die zweite Lesung des Stempelgesetzes an.

— Lord Normanby soll dem Präsidenten der Republik mitgetheilt haben, daß seine Regierung mit den neuen Zwangsmaßregeln der französischen Regierung durchaus nicht einverstanden sei.

— Der „Corsaire“ will mit Bestimmtheit wissen, der Präsident der Republik habe geäußert: „Entweder das Pressegesetz geht durch oder ich gebe meine Demission.“

— Das „Journal de l'Alin“ erzählt nachstehenden Vorfall, der, nach seiner Ansicht, ein starkes Argument für das neue Bürgermeistergesetz abgiebt: Der einzige Hansbauer einer Gemeinde des Departements fand, daß ihm sein Eigenthum öfters gestohlen wurde, und stellte sich daher mit seinen Söhnen Nachts auf die Lauer. Am 9. März sah er nach Mitternacht 4 Personen dem Plage sich nähern, wo der Hans lag. Zwei Männer banden sofort einen Theil zusammen, während zwei Frauenzimmer Wache hielten. Der Landwirth stürzte mit seinen Söhnen auf die zwei Männer los und entdeckte in ihnen den Bürgermeister der Gemeinde und dessen Sohn; die zwei Frauenpersonen, welche davon liefen, waren seine Töchter. Die Diebe gestanden ihre früheren Diebstahle ein, worauf der Landwirth sie vorläufig entließ. Der Bürgermeister soll geflüchtet sein.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

# Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-  
Preis für Nicht-  
Abonnenten der  
Zeitung pro Mo-  
nat 1 1/2 Sgr.; frei  
in's Haus:  
2 1/2 Sgr.

Insertionspreis  
6 pf. für die drei-  
spalt. Petitzeile.  
Erscheint täglich,  
excl. der Sonn-  
und Festtage, Vor-  
mittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 73.

Mittwoch, den 27. März.

1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Vollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Dberwief.

## Empassirte Fremde.

Vom 25. März.

Hotel de Prusse. Gutsbesitzer Graf v. Wartensleben aus Schwirsen, v. Warburg aus Lebbene; Frau v. Hirschfeld, Königl. Solotänzer Gasperini, Fräulein Bruffi aus Berlin; Polizei-Direktor Braun aus Cöslin; Kaufmann Jaschowitz aus Breslau.  
Hotel de Russie. Rektor Dallmer aus Barth; Partikulier Herrmann aus Colberg.  
Hotel du Nord. Kaufleute Rosenthal aus Berlin, Schacht aus Halle, Richter aus Magdeburg, Marquardt aus Hamburg; Apotheker Mittag a. Zachan; Lithograph Neuhoff aus Bromberg.  
Drei Kronen. Kommerzien-Rath Knopp a. Bromberg; Kaufleute Riß aus Greifswald, Stephan a. Frankfurt a. M., Davidsohn aus Prenzlau, Sechenthal aus Leipzig, Simon aus Berlin; Gutsbesitzer Dertling aus Lauenburg.  
Partwig's Hotel. Kaufleute Berg, Wittberg, Coletz, Döring aus Berlin.

## Der Gesangsverein

wird am Charfreitage, Abends 6 Uhr, in der Aula, Graun's Passions-Cantate: „Der Tod Jesu“, aufführen. Billets à 20 Sgr. sind in der Devantier'schen Musikhandlung zu haben. Die Generalprobe ist am Donnerstag um 3 Uhr ebenda (à 5 Sgr. Texte 2 1/2 Sgr. L o e w e.

## Officielle Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Bei der am 15ten d. M. statt gefundenen fernerweitenden Losung der zu tilgenden hiesigen Stadt-Obligationen sind folgende Nummern herausgekommen:

- 1) Litt. E. No. 82. 117. 159. 203. 210. 251. 293. 361. 380. 384. 574. 688. 828. 829. 929. 984. 1021. 1028. 1051. 1191. 1239. 1443. 1482. 1487. 1669. 1753. 1755. 1880. 1939. 1987. 1999. 2089. 2182. 2270. 2342.
- 2) Litt. F. No. 109. 341. 724. 1153. 1231. 1279. 1285. 1481. 1871. 1972. 1988. 2165. 2882. 2901. 2957.

Der Kapitalbetrag sowohl als die fälligen Zinsen dieser Obligationen sind am 1sten Juli d. J. auf unserer Kammerei-Kasse gegen Zurückgabe der Obligationen und Zinscheine in Empfang zu nehmen. Die alsdann etwa nicht erhobenen Beträge werden fernerweit nicht verzinst.

Stettin, den 20ten März 1850.

Der Magistrat.

## Wahl zum Gewerberath.

Die Wahl zum Gewerberath im 2ten Wahlbezirk der Handeltreibenden ist anberaumt auf Mittwoch den 27ten d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Hôtel de Prusse.

Da in dem am 21sten d. M. angedachten Wahltermine Niemand erschienen ist, so habe ich auf Verfüngung des Magistrats einen neuen Termin auf den 11ten April c., Vormittags 11 Uhr, im hiesigen Rathssaale anberaumt, wozu ich die im 2ten Wahlbezirk wählenden Fabrikarbeiter, nämlich: Defillationsarbeiter, Tabaks-Fabrikarbeiter, Seifen-Fabrikarbeiter, Spiritus- und Essig-Fabrikarbeiter, mit dem Bemerkten einlade, daß nur die in der Liste eingetragenen Arbeiter wahlberechtigt sind, und daß diese Liste bis 8 Tage vor dem Wahltermine in der Registratur des Magistrats zur Einsicht ausliegen wird.

Stettin, den 23ten März 1850.

Sternberg, Stadt-Rath.

## Verlobungen.

Die Verlobung unserer Tochter Hedwig mit dem auf die Pfarre zu Carlrow bei Demmin berufenen Herrn Prediger Theodor Schmidt aus Blumberg beehren wir uns theilnehmenden Freunden in Stelle besonderer Meldung hiermit ergebenst anzuzeigen.

Stettin, den 26ten März 1850.

Der Pastor Schünemann und dessen Frau, geborne Keilpflug.

## Auktionen.

Das bisher unverkauft gebliebene Schumann'sche weiße Porzellan-Geschirr aller Gegenstände soll heute, den 27ten März c., Nachmittags 2 Uhr, im Partwig'schen Hotel, Breitenraße No. 398, versteigert werden. Reisker.

## Wein-Auktion.

Es sollen am 30ten März c., Vormittags 10 Uhr, kleine Domstraße No. 692,

circa 560 Bouteillen Champagner und Medoc

öffentlich versteigert werden. Reisker.

## Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Am 30. April, um 11 Uhr,

wird die Besizung des verstorbenen Oekonoms Lehmann zu Massow öffentlich verkauft. Sie besteht in 206 Morgen Acker und Wiesen, 2 Häusern, 2 Scheunen und Stallungen. Auch sind noch 33 Morgen Pacht-Land mit bewirtschaftet. Es werden hierzu Käufer eingeladen.

## Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Ein Knabe, der die Conditorei erlernen will, erfährt das Nähere Louisenstraße No. 755.

## Verkäufe beweglicher Sachen.

### Dampfmehl-Niederlage.

Feinstes Weizen- und Roggen-Dampfmehl von anerkannt bester Qualität, sowie Weizen-Gries in allen Nummern wird en gros und en detail billigst verkauft bei

J. W. Hahn, Küsterstr. No. 43.

## Nudel-Lager.

Fadennudeln (weiß und gelb), Griesnudeln, Straußnudeln, Eiernudeln, Bundnudeln, Linsennudeln, Fagonnudeln, so wie italienische Macarony etc. in Kisten und ausgewogen billigst bei J. W. Hahn.

Feine weiße Bohnen, beste Koch-Erbisen, Linsen, Hirse, Hafer- und Buchweizen-grüße, Gerstengrüße, Hanfsamen, Canariensamen, Rübsamen und Vogelfutter verkauft zu herabgesetzten Preisen

J. W. Hahn.

## Graupen-Lager.

Mein Graupen-Lager ist vollständig assortirt, und kann ich namentlich bei Abnahme von größeren Posten sehr billige Preise stellen.

J. W. Hahn.

Feinste Weizen-Stärke, Kraftmehl, Kartoffelmehl, Schwaden und Mannagrüße, mehrere Sorten feinstes Waschlau in bester Qualität sehr billig bei F. W. Hahn.

## Anzeigen vermischten Inhalts.

### F. Rudolph,

concess. Kammerjäger aus Berlin, empfiehlt sich zur Vertilgung jedes Ungeziefers. Geehrte Aufträge werden erbeten in der Expedition d. Bl. und Breitenstraße No. 364 hieselbst.

Mein mir zugehöriges, im Swine-Strom liegendes Leichter-Schiff, in gutem segefertigen Stande, genannt „Wilhelmine“, 10 Normal-Lasten groß, bin ich willens, aus freier Hand zu verkaufen. Kaufliebhaber können das Nähere bei mir erfahren.

Swinemünde, den 23ten März 1850.

Die Wittve Tittelfitz.

Am Charfreitage, den 29ten März 1850, werden in den hiesigen Kirchen predigen:

In der Schloß-Kirche:

Herr Prediger Palmis, um 8 U.

Nach der Predigt heil. Abendmahl. Beicht-Andacht am Donnerstag Nachm. 2 1/2 Uhr.

Herr Hofprediger Brunner, um 10 1/2 U.

Prediger Beerbaum, um 2 U.

In der Jakobi-Kirche:

Herr Pastor Schünemann, um 9 U.

Prediger Schiffmann, um 1 1/2 U.

Die Beicht-Andacht am Donnerstag um 1 Uhr hält

Herr Prediger Schiffmann.

In der Peters- und Pauls-Kirche:

Herr Prediger Moll, um 9 U.

Prediger Hoffmann, um 2 U.

Die Beicht-Andacht am Donnerstag um 1 Uhr hält

Herr Prediger Moll.

In der Johannis-Kirche:

Herr Divisions-Prediger Flaschar, um 8 U.

Militär-Gottesdienst und Communion.

Herr Pastor Teschendorff, um 10 1/2 U.

Prediger Budy, um 2 1/2 U.

Die Beicht-Andacht am Donnerstag um 1 Uhr hält

Herr Pastor Teschendorff.

Am grünen Donnerstag:

Herr Militär-Oberprediger v. Sydow, um 9 U.

Beicht-Andacht und Communion. Nachmittags 3 Uhr

Beicht-Andacht. Derselbe.

In der Gertrud-Kirche:

Herr Prediger Jonas, um 9 U.

Herr Prediger Collier, um 2 U.

Die Beicht-Andacht am Donnerstag um 2 Uhr hält

Herr Prediger Collier.

Am Gründonnerstage, Vormittags um 9 Uhr, im Johanniskloster-Saale Beichtandacht und darnach Austheilung des heil. Abendmahls von dem Herrn Prediger Budy.

Freie evangelische Gemeinde.

Am Charfreitage, den 29. März, Vormitt. 10 Uhr,

predigt im Saale der Friedrich-Wilh.-Schule:

Herr Pfarrer Genzel.

Freie christliche Gemeinde.

In der Aula des Gymnasiums predigt am Char-

freitage, den 29. März, Morgens 9 Uhr:

Herr Prediger Wagner.

## Vermischtes.

Berlin, 25. März. Gestern Abend nach 7 Uhr entstand in dem Schaufflokal des Destillateurs Schwendy in der Rosenthaler-Straße eine Schlägerei zwischen Militär und Civilisten, welche leider die gefährliche

Verwundung eines der letzteren herbeiführte. Der Streit entstand dadurch, daß einer von drei anwesenden Soldaten einem Handelsmann auf sehr zweideutige Weise sagte, daß er seine Tochter sehr genau kenne. Der Letztere nahm diese Aeußerung natürlich nicht ruhig hin, ein Wort gab das andere, und da die drei Soldaten sich im Nachtheile befanden, gingen sie

März.	Tag	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 1 <sup>o</sup> reducirt.	26	335,23''	335,36''	335,42''
Thermometer nach Réaumur.	26	— 9,0°	+ 0,8°	— 7,4°